

## *KGW's Rundschreiben*



04.01.2018  
Seite 1 von 4

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Wenn jeder für sich das abgelaufene Jahr Revue passieren lässt, sollten wir das auch für Deutschland tun und das als Basis für einen Ausblick auf 2018 nehmen. Wir schauen auf die Fachleute des Sachverständigenrates und der Wirtschaftsinstitute, die Prognosen für das nächste Jahr abgeben. Die fünf führenden deutschen Institute (Handelsblatt, Ausgabe vom 29.12.17-01.01.18) prognostizieren in einem gemeinsamen Forschungsprojekt für 2018:

- |   |          |
|---|----------|
| • Bruttoinlandsprodukt (BIP)            | +2%      |
| • Arbeitslosenquote                     | ca. 5,5% |
| • Inflationsrate                        | ca. 1,7% |
| • Entwicklung des Haushaltsüberschusses | ca. 1,1% |

Wenn vorgenannten Zahlen wahr werden, hätte die deutsche Wirtschaft einen erneuten Boom. Auch Krisenstaaten wie Griechenland und Italien werden wachsen (1,5-2,0%). Deshalb glauben wir, dass die Geldflut der EZB ursächlich dafür verantwortlich ist. Weltweit melden 79% aller Staaten Wachstumsraten von mindestens 2%. Für Deutschland bedeutet das: volle Auftragsbücher, die Suche nach Arbeitskräften (besonders Facharbeiter), weitere Zuwanderungen, niedrige Zinsen (zu niedrig für Deutschland). Es ist unwahrscheinlich, dass die EZB die Zinsen in absehbarer Zeit anhebt; damit verbunden ist die Fertigstellung von 350.000 Wohnungen im nächsten Jahr (obwohl ca. 400.000 benötigt werden), das in erster Linie in Ballungsgebieten und Universitätsstädten. Aufgrund der Verknappung sind die Immobilien bis zu 30% überbewertet. Nach den Agenda-2010-Reformen hat die Regierung viele Reformen zurückgedreht: Mindestlohn, Lohngleichheit für Zeitarbeiter und Stammbeschäftigte sowie steigende Bürokratielasten. Die deutschen Lohnstückkosten sind schneller gestiegen als im EU-Schnitt. Steuern, Sozialabgaben und Energiekosten steigen seit Jahren. Da viele Unternehmen fremdfinanziert sind, können (Creditreform hat ca. 7.400 Firmen untersucht) ca. 15% der Firmen noch nicht mal die Fremdkapitalkosten decken, geschweige denn Gewinne einfahren. Sollte diese Situation zu einer „Bereinigungskrise“ führen, wäre das ein Tiefschlag für die deutsche Wirtschaft. Hinweis für jeden Entscheider eines Unternehmens: den Konjunkturzyklus sowie die Kosten genau beobachten!

Nach dem langen Aufschwung glaubt man, dass es im Jahre 2019 wieder abwärts geht.

Trotz zunehmendem Populismus leben wir in Deutschland in einer liberalen Demokratie und es ist ein hohes Gut, dass diese Freiheit auch in der nächsten Zukunft bleibt. Wahrscheinlich liegt das Erstarken der Populisten und Nationalisten daran, dass Einzelne in der Demokratie glauben, dass das Stück, was sie sich selbst bei der sozialen Kuchenverteilung abschneiden, nicht groß genug ist. Gerade in Deutschland haben viele mit Flüchtlingen und Einwanderern Probleme, weil sie das sozial Erreichte in Deutschland mit denen (die dafür bisher nichts getan haben) teilen müssen. Zum Glück sind wir nahe der Vollbeschäftigung, sodass durch Immigranten wenige deutsche Lohn- und Gehaltsempfänger ihren Job verlieren. Im Regelfall verliert man nicht nur seinen Job, sondern dadurch auch Anerkennung und Würde. Wir Deutsche sind nur ein kleiner Teil der Globalisierung und haben aufgrund unserer Positionierung von den Krisen der letzten Jahre wenig mitbekommen. Die Vernetzung und internationale Verflechtung der Deutschen wird auch künftig für uns eine Pole Position in der Weltwirtschaft bereithalten. An dieser Stelle verweisen wir auf den Brexit und glauben, dass die Engländer in Zukunft international keinen der vorderen Plätze belegen werden. Verlierer am nationalen sowie internationalen freien Markt sind weniger Gebildete oder mobil Schwächere. Vor fast 10 Jahren brach die Finanzkrise aus; bis heute ist es noch nicht gelungen, den Finanzsektor zu bändigen. Reichen Privatleuten oder internationalen Gesellschaften gelingt es immer wieder, durch Verflechtungen und mit Tricks Steuern zu sparen. Das derzeitige System lässt es zu, dass heute sowie künftig zum Vorteil Weniger gezockt wird. Überall vermeiden reiche Privatleute, Banken, Unternehmen und Gesellschaften mit

Manipulationen Steuerzahlungen zum Nachteil der Gesellschaft. Hauptaufgabe der neuen deutschen Regierung sollte eine Überarbeitung unseres Steuersystems sein. Die gefühlte Ungerechtigkeit der Steuerzahlungen ist auch Nährboden für Populismus. Dass ein amerikanischer Präsident heute Donald Trump heißt, geht von den Wählern aus, die sich von den amtierenden Regierungen unverstanden fühlen. Ähnliches ist in anderen Ländern festzustellen. Auch, wenn viele ihn nur als politischen „Poltergeist“ betrachten, haben die Wähler ihm die Macht gegeben, das internationale Klimaabkommen zu canceln, aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen (TTIP) auszusteigen und die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) kritisch in Frage zu stellen. Er legt sich mit Verbündeten wie Australien, Kanada, Deutschland und anderen Staaten an und seine „demokratische Ausrichtung“ ist Richtung Russland. Staatschefs wie Victor Orbán (Ungarn), Aleksandar Vučić (Serbien), Andrej Babiš (Tschechien) und die Politik der polnischen Regierung (als EU-Mitglied) sind beängstigend. Im Augenblick ist er in der Versenkung verschwunden, aber in Italien (wo zum wiederholten Male Neuwahlen anstehen) strebt Silvio Berlusconi erneut die Regierungsmacht an. Angela Merkel ist in Deutschland und Europa nicht mehr die starke Frau (die sie mal war), könnte aber durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron Rückendeckung bekommen. Für beide ist es ein politisches Pflichtprogramm, die Demokratie in Europa zu erhalten. Ein gemeinsames Europa wird es wohl in Jahren nicht geben, weil sich die einzelnen Länder nicht mit Europa identifizieren, nicht mit einer europäischen Sprache sprechen und nicht bereit sind, weg von ihrer Nationalität in ein gesamtes Europa zu investieren. Hätten wir das und würden über die Flüchtlingskrise sprechen, müsste man über die Sicherung von EU-Außengrenzen reden und nicht wie heute über Staatsgrenzen. Im globalisierten Weltmarkt kann sich nur ein gemeinsames Europa behaupten und nicht einzelne Staaten innerhalb Europas. China macht aktuell mobil, um seinen Einfluss am internationalen Weltmarkt zu vergrößern. Ob man mit der derzeitigen Politik, sich in das bestehende Weltwirtschaftssystem einzufügen, Erfolg hat, muss sich später zeigen. Auf jeden Fall müsste sich China für den Westen öffnen (hier gibt es erhebliche Defizite), so, wie der Westen es China ermöglicht hat, Technologien von Unternehmen zu kaufen und das Know-How vieler Firmen zu übernehmen. Für jeden Deutschen sollte der Traum an eine liberale Demokratie in einem vereinten Europa (was zurzeit noch Wunschvorstellung ist) irgendwann mal wahr werden!

Der aufnahmefähige Arbeitsmarkt eines Landes bietet Integrationswilligen die Chance, mit (oftmals) vorhandenen Sprachkenntnissen in die Kultur des entsprechenden Landes einzutauchen. Diese Personen sind bereit, ihr vorhandenes Wissen im jeweiligen Gastland zu erweitern. Das steigert ihre Qualifikation und das Selbstwertgefühl. Viele der hunderttausenden Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen und noch kommen, sind weit von der erforderlichen Bereitschaft zum Lernen entfernt. Nach dem bekannten Satz der Kanzlerin Merkel wurden die geflüchteten Menschen enthusiastisch empfangen; was zwischenzeitlich aber verflogen ist. Was allerdings blieb, ist der soziale Schutz, den Migranten in Deutschland genießen. Viele deutsche Unternehmen scheuen sich, Nichtqualifizierte als Arbeitskräfte einzustellen, weil entsprechende Kündigungen (bei Fehlbesetzung) teuer werden können und schwer durchzusetzen sind. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit Deutscher gibt es kaum. Wenn aber massenhaft junge Flüchtlinge in Deutschland am Arbeitsmarkt nicht zu integrieren sind, werden wir die gleiche Jugendarbeitslosigkeit bekommen, wie z.B. Spanien oder Italien sie haben. Wenn die Politik keine Bildungsangebote für Migranten (das fängt bei der Sprache an) bereithält und fördert, ist den Personen der Arbeitsmarkt verwehrt. Deutschland ist ein Hochlohnland, auf dem Arbeitskräfte beschäftigt werden, die für dieses Niveau ausgebildet wurden. Sollten junge, schulungsfähige Migranten nicht den Weg des erforderlichen Lernens gehen, ist ihnen der Arbeitsmarkt und die Einbürgerung ins Gastland verwehrt. Es gäbe die Möglichkeit, Mindestlohnbestimmungen außer Kraft zu setzen, um dadurch Flüchtlingen Jobs zum Hungerlohn zu verschaffen. Dem fehlt der Sinn, weil der deutsche Sozialstaat dann mit entsprechenden Hilfen ausgleichen und aufstocken müsste und würde. Hinzu kommt, dass jeglicher Arbeitsanreiz fehlt. Ganz gleich, ob mit oder ohne Arbeit, die Betroffenen würden mit ergänzender Sozialhilfe ein entsprechendes Einkommen haben und versuchen, den Rest durch Schwarzarbeit auszugleichen. Auch künftig sollten lernfähige Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden, wenn sie nach entsprechenden Schulungen in den Arbeitsmarkt eingefügt werden können. Bildungsresistente Migranten, die Deutschland lediglich als Sozialstaat betrachten, sollte der Aufenthalt bei uns verweigert werden.

## Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Bis zum 18. dieses Monats sollte die Stahlfusion ThyssenKrupp / Tata in trockenen Tüchern sein. Da allerdings noch zwei Gutachten fehlen, wird es wohl keine Einigung mit der Gewerkschaft geben. In erster Linie geht es in den Gutachten um die Risiken der Pensionslasten von Tata. Vielleicht stellen die Gutachter in ihren Ausarbeitungen Risiken fest und dann wird es ohnehin keine Zustimmung der Arbeitnehmer zur geplanten Fusion geben.

Fusionen in der Stahlindustrie sind nichts Neues. Kommt es zur Zusammenlegung, wird laut Vorstandschef ThyssenKrupp, Heinrich Hiesinger, die neue Gesellschaft Nummer zwei in Europa. Im Norden Duisburgs werden auf einer Fläche von ca. 10 km<sup>2</sup> (fünfmal größer als Monaco) 13.000 Menschen beschäftigt. Die produzieren so viel Stahl wie nirgendwo anders in Europa. Den Standort gibt es seit ca. 130 Jahren. Dazu muss man sagen, dass die Werke in China noch riesiger sind und die Kapazitäten erheblich größer als in Duisburg. Ohne Zweifel musste der Vorstandschef von ThyssenKrupp Altlasten der Vorgänger (Ekkehard Schulz) übernehmen und schlichtweg wurden 12 Mrd. € in Brasilien und Alabama (USA) in den Sand oder besser ins Moor gesetzt. In unserer Info vom November gaben wir Kennzahlen von ThyssenKrupp an und bis heute hat sich nichts daran verändert, dass die Geschäftsfelder Werkstoffhandel, Anlagenbau, Autokomponenten, Aufzüge und Stahl zu wenig in die Kasse spülen, um die Pensionslasten zu decken. Durch die geplante Fusion will man 500 Mio. € sparen. Es sollen aber auch ca. 4.000 Arbeitsplätze wegfallen. Sollte es schlussendlich zur Fusion kommen, wird man sich mit Stahl sicherlich nicht ganz von Deutschland verabschieden, aber ein Sterben auf Raten ist es allemal. Der Sohn des Stahlmagnaten Lakshmi Mittal (Aditya Mittal) sagte Mitte Dezember, dass jährlich 600 Mio. t Stahl weltweit überproduziert werden. Mittal ist der größte Stahlproduzent der Welt. Mittal hat soeben der italienischen Regierung das marode Werk ILVA (sicherlich zum kleinen Preis) abgekauft. Bei den bereits bestehenden Überkapazitäten wird man sich wahrscheinlich was dabei gedacht haben. Wir denken mal laut und sagen, dass fernöstliche Warmbänder in Italien ausgewalzt werden könnten, um es anschließend als Kaltband europäischer Herkunft zu verkaufen. Aber das bleibt abzuwarten!

Die Volksrepublik China hat im vergangenen Jahr mehr Stahl produziert als geplant. Deshalb war auch der Rohstoffverbrauch höher und preisentscheidend (auch für die europäischen Märkte). Im Jahre 2018 erwartet man einen Anstieg des Rohstoffbedarfs in der Volksrepublik von über 6% und in Europa sowie den USA von satt über 3%. Politisch werden die Rohstoffpreise von den Unruheherden in der Welt sowie dem Brexit und dem Nordkorea-Konflikt beeinflusst.

In der Tabelle „Währungen und Rohstoffe im Vergleich“ zeigen wir die permanente Entwicklung. Auch wenn die Nickel Study Group (INSG) für 2018 ein Nickel-Defizit von ca. 50.000 t prognostiziert, stehen dem die **Nickel**-Bestände in Shanghai sowie an der LME in London entgegen. Da Indonesien die Exportbeschränkungen gelockert hat, werden die Quoten aus dieser Provenienz auch aufgestockt, so dass mit einer Verknappung im nächsten Jahr nicht zu rechnen ist. Wir wiederholen das, was wir schon häufig gesagt haben: werden die Bestände nicht abgebaut, wird es keine gravierenden Kurssteigerungen beim **Nickel** geben. Der **Ferrochromstahl**-Preis ist von 2017 auf 2018 um gut 25% gestiegen. Im ersten Quartal 2018 rechnet man allerdings mit einem Rückgang. Bezogen auf das gesamte Jahr wird die Situation ähnlich wie bei **Nickel** sein. **Molybdän**-Preise bewegen sich in den letzten vier Monaten lustlos. Selbst wenn man von einer Belebung der Nachfrage ausgeht, wird es keine wesentlichen Steigerungen oder Schwankungen beim **Molybdän**-Preis geben. Die Tabelle zeigt auch die Devisenkursparität US-\$ Euro. Da wir nicht von einem massiv steigenden Euro ausgehen (und die Rohstoffpreise in US-\$ abgerechnet werden), erwarten wir keine großartigen Veränderungen aufgrund der Devisenkursschwankungen.

Fazit: Für das erste Quartal 2018 sehen wir keine wesentlichen Veränderungen nach oben oder unten. Da wir uns aber nicht für Edelstahl-Gurus halten, werden wir auch keine Prognose bis Ende 2018 abgeben. Wir wünschen uns (leichte) Preissteigerungen, aber im Augenblick fehlt uns noch der Glaube daran.

### Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1,1910	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
29.12.2017	1,2005	12.260	12.305	367.776	1.022	1.334
03.01.2018	1,2027	12.465	12.525	366.072	1.038	1.331

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2017 €/to	Höchste LZ 2017 €/to	Jan 2018 €/to	Feb 2018 €/to	Mrz 2018 €/to	Apr 2018 €/to	Mai 2018 €/to	Jun 2018 €/to	Juli 2018 €/to	Aug 2018 €/to	Sep 2018 €/to	Okt 2018 €/to	Nov 2018 €/to	Dez 2018 €/to
4016	09/17 - 566	02/17 - 810	676											
4113	09/17 - 704	04/17 - 963	834											
4301	08/17 - 1.105	04/17 - 1.455	1.290											
4310 *)	09/17 - 1.048	04/17 - 1.384	1.222											
4310Mo*)	08/17 - 1.109	04/17 - 1.448	1.295											
4404	08/17 - 1.556	04/17 - 2.021	1.844											
4509	10/17 - 731	02/17 - 929	788											
4521	09/17 - 931	04/17 - 1.208	1.081											
4539	08/17 - 2.634	04/17 - 3.416	3.184											
4571	08/17 - 1.573	04/17 - 2.044	1.386											
4828	08/17 - 1.359	04/17 - 1.805	1.605											

\*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

### Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2017 €/to	tiefst 2017 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 €/to	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 410	Juni 300	390	400	400	410	400	300	370	365	370	390	395	405
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mrz. 1.200	Juni 890	1.130	1.190	1.200	1.140	1.050	890	1.020	1.030	1.040	1.080	1.080	1.040
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Mrz. 1.510	Juni 1.200	1.410	1.500	1.510	1.450	1.370	1.200	1.320	1.340	1.380	1.420	1.420	1.410

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta